

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1874

12.7.1874 (No. 162)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 12. Juli.

№ 162.

Vorauszahlung: vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingeschlossen, 2 fl. 7 kr. Expedition: Karl-Friedrichs-Str. Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.

1874.

Telegramme.

† München, 10. Juli. In Folge Inkrafttretens des schweizerisch-deutschen Auslieferungsvertrags durch die am 6. d. in Berlin stattgefundene Auswechslung der Ratifikationsurkunden wurde durch bundesrätliches Kreisreiben den Kantonen mitgeteilt, daß die Auslieferungsverträge mit Baden und Bayern keine Geltung mehr haben.

† London, 10. Juli. Das Unterhaus begann auf Antrag Gurney's die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die Regulierung des Gottesdienstes. Hall beantragte, von Knatchbull und Hughes unterstützt, die Verwerfung des auch von Gladstone bekämpften Entwurfs. Gladstone erklärte, daß, falls der Gesetzentwurf die zweite Lesung passiren werde, er einen Antrag gegen die Komitoberatung stellen werde; derselbe theilte zugleich mit, daß er mehrere Resolutionen gegen den Gesetzentwurf einbringen werde. Nach längerer Diskussion wurde die Beratung auf Montag vertagt.

Deutschland.

Karlsruhe, 11. Juli. Der Staatsanzeiger Nr. 32 vom 10. d. Mts. enthält (außer Personalnachrichten): Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbehörden. 1) Bekanntmachungen des Ministeriums des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen: den Ertrag des Hermann Bertsche von Mähringen aus der Liste der Aktuar betrefend. 2) Des Ministeriums des Innern: Uebersicht der Studirenden auf den Universitäten Heidelberg und Freiburg betrefend [s. Chronik]. 3) Des Handelsministeriums: a. die Ernennung des Regierungs- und Baurats Hipp zum Rheinschiffahrts-Inspektor für die preussische Stromfische betrefend; b. die Entziehung von Erfindungspatenten betrefend. 4) Des Finanzministeriums: a. die Umwechslung von Münzen der süddeutschen Währung betrefend [s. Chronik]; b. die zweite diesjährige Gewinnziehung des Lotterianischens der Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse zu 14 Millionen Gulden vom Jahr 1845 betrefend.

* Berlin, 9. Juli. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung, betreffend die Funktionen der bei dem Auswärtigen Amte, bei der Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds und im Bureau des Reichstags angestellten Beamten vom 6. Juli 1874. — Wie verlautet, würden die für die künftige Session des Reichstags festgestellten Justiz-Gesetze in der demnächst in den Druck gegebenen werden, „damit sie — wie es heißt — sofort nach Eröffnung des Reichstags zur Vertheilung gelangen können“. Dies würde indessen keinesfalls genügen. Es kommt darauf an, die Reichstags-Mitglieder über die umfassenden Entwürfe so zeitig zu informieren, daß die grundlegenden Verhandlungen darüber (in erster Lesung) noch in der Herbst-Session stattfinden kann. Dazu würde gehören, — da die Session doch über zwei Monate kaum ausgedehnt werden kann — daß die Vorlagen schon vor dem Zusammentritt des Reichstags den Abgeordneten zugänglich gemacht würden. Während der Session und mitten in den zahlreichen anderen Geschäften derselben ist es unmöglich, so gewaltige Gesetzgebungswerke — wie die genannten — eingehend zu studiren. — Unter den vielen wichtigen Maßnahmen, welche

der Präsident Scheele während der kurzen Zeit des Besuchs des Reichs-Eisenbahn-Amtes eingeleitet hat, befindet sich auch der Plan, für die einzelnen Kategorien der Eisenbahn-Unterbeamten, als Lokomotivführer, Heizer, Zugführer, Schaffner, Bremser, Bahnwärter, Weichensteller u. s. w. gemeinsame Instruktionen anzusetzen, nach denen dieselben im Eisenbahn-Betriebe genau zu verfahren haben. Den Eisenbahn-Verwaltungen ist diese Absicht kürzlich durch ein Zirkular des Reichs-Eisenbahn-Amtes zu erkennen gegeben worden und sind die Direktionen aufgefordert worden, ihre Ansichten bezüglich dieses Projektes, so wie auch ihre Wünsche in Bezug auf Ausarbeitung dieser Instruktionen dem Reichs-Eisenbahn-Amte zu erkennen zu geben.

* Berlin, 9. Juli. Die Regierungsbehörden sind von dem Minister des Innern daran erinnert worden, Anträge, welche sich auf die Aufnahme von Geldbewilligungen in den nächstjährigen Staatshaushalts-Etat beziehen, in diesem Jahr spätestens bis zum 15. August ihm vorzulegen, während sonst der hier in Betracht kommende Präklusivtermin zwei Monate früher, nämlich am 15. Juni, abläuft. Die diesjährige Verlängerung rührt daher, daß der Landtag der Monarchie diesmal nicht wie sonst im November, sondern erst in der ersten Hälfte des nächstjährigen Januar-Monats berufen wird, um damit ein gleichzeitiges Tagen mit dem Reichstag zu vermeiden, für dessen Einberufung im laufenden Jahr der Oktober in Aussicht genommen worden ist. — Die jetzt zur Erledigung gekommenen Regierungs-Präsidentenstellen werden in der nächsten Zeit noch nicht wieder besetzt und einstweilen von den betreffenden Vizepräsidenten versehen werden. Bei der Besetzung so hoher Stellen pflegt die Kandidatur im Staatsministerium erörtert zu werden.

Berlin, 9. Juli. Der „König. Ztg.“ wird von hier geschrieben:

Der Reise des Fürsten Bis marck nach Riffingen gingen mancherlei Gerüchte vorher, welche darauf hinariefen, den beabsichtigten Kurgang in Verbindung mit politischen Zwecken zu bringen, welche möglicher Weise durch eine Zusammenkunft mit dem König von Bayern zu erreichen sein würde. Diese Gerüchte haben inzwischen nicht bloß keine Bestätigung gefunden, sie haben hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit auch insoweit Schaden erlitten, als der Reichsanzeiger sie ohne alle politische Begleitung gelassen ist. Vermuthlich liegt ihnen nur die Kenntnis eines allerdings sehr bedeutsamen tatsächlichen Verhältnisses zu Grunde, die außerordentliche Schätzung, welche der König dem Charakter und dem Talente des Fürsten Bis marck widmet. Dieselbe dährt vom Jahre 1836 und hat sich seitdem unanwendbar bewiesen. Damals handelte es sich bei den Friedenspräliminarien auch um die Frage wegen Anbahnung und Baireuth, und man wird sich erinnern, daß die Erwerbung dieser Fürstenthümer für Preußen ungefähr dieselbe Bedeutung zu haben schien, wie 1871 die Abtretung von Elsaß-Lothringen für Deutschland. Der nationale Gedanke aber stand dem Kaiser Bis marck höher, als der Länderwerb. Es kam ihm darauf an, in Elsaß-Lothringen den Willen über die erlittene Niederlage nicht aufkommen zu lassen; im Gegentheil, dem Gedanken an eine neue nationale Gestaltung unter Preußens Führung Raum und Zuneigung zu gewinnen, und diese Politik, welche sich zunächst in dem Abschluß der Allianzverträge äußerte, hat auch nachher, wie man weiß, ihre guten Früchte getragen. Jedenfalls machte sie auf den König von Bayern einen tiefen Eindruck. Wie man auch über diesen Fürsten urtheilen

mag, so besitzt er doch große Empfänglichkeit für alle ungewöhnlichen Eindrücke, und es ist sicher, daß ihm damals die Politik Bis marck's den Eindruck einer großartigen Uneigennützigkeit machte, welche auch ihn für den nationalen Gedanken, die jene eingegeben hatte, gewann. In dieser deutsch-patriotischen Stimmung traf ihn noch das Jahr 1870 und bestimmte ihn eben so rasch zum treuen Festhalten an der deutschen Sache, wie sie ihm den hochherzigen Entschluß eintrug, den König von Preußen nach dem Siege Deutschlands zur Herstellung des Deutschen Kaiserreichs einzuladen. In dieser Stimmung, bekräftigt und gehoben durch die dem Fürsten Bis marck unanwendbar bewährte Schätzung, ist der König verblieben, wie sehr es auch manchmal den Anschein des Gegentheils hatte, wenn man sein persönliches Verhalten bei gewissen individuellen Gelegenheiten fälschlich als ein Merkmal seiner politischen Gesinnung auffassen möchte. Es ist aber vielleicht nicht überflüssig, gerade jetzt an diese nationale Gesinnung des Königs und sein persönliches Verhältnis zum Fürsten Bis marck zu erinnern, damit die öffentliche Meinung Deutschlands sich gegenüber den kritischen Verhältnissen Bayerns nicht unnötigen Sorgen überlasse. Vielmehr wird man hoffen dürfen, daß, soweit es dabei um Sicherung des nationalen Gedankens zu thun ist, der stets deutsch-gesinnte König denselben mit Bewußtsein niemals zu Schaden kommen lassen wird.

† Straßburg, 10. Juli. Die Herbstübungen der in Elsaß-Lothringen stehenden Truppentheile werden auch in diesem Jahr in Regiments-, Brigade- und Divisionsübungen zerfallen. Für letztere ist einerseits die Gegend von Hagenau, Weissenburg, andererseits Metz mit Umgebung in Aussicht genommen. Bei Saargemünd finden außerdem Kavallerieübungen statt. Die Ausrückungen der einzelnen Abtheilungen aus ihren Garnisonen beginnen vom 6. August ab und dürften die Übungen bis spätestens gegen den 10. bis 12. September beendet sein. Ein Gerücht, daß Se. Maj. Kaiser Wilhelm die bei Hagenau-Weissenburg zusammengezogenen Truppen mit seinem Besuche beehren wird, erhält sich hartnäckig und wird damit die dann allerdings natürliche Wahrscheinlichkeit eines Besuchs des Kaisers auch dahier in Verbindung gebracht. — Dem Vernehmen nach soll mit der im Oktober stattfindenden internationalen „Hofen- u. Ausstellung“ in Hagenau auch eine große Verloofung landwirthschaftlicher Gegenstände u. dergl. verbunden werden, wobei gewiß auf eine tüchtige Betheiligung auch im außerelbsässischen Deutschland zu rechnen ist. — Die Einberufung der Bezirkstage von Ober- und Unterelsaß und Lothringen auf die zweite Hälfte des Monats August scheint nunmehr ziemlich festzustehen.

Dieuze (in Lothringen), 8. Juli. Die „N. Fr. Pr.“ schreibt: „Schon früher haben wir berichtet, daß die Deutschen von Dieuze, Salzburg und Atricourt schon so zahlreich geworden sind, daß sie, die meistens Protestanten sind, mit den überdies noch dort wohnenden eingeborenen Angehörigen dieser Konfession in der Lage sind, eine förmliche protestantische Kirchengemeinde zu bilden. Die Bemühungen, einen besondern Geistlichen zu erhalten, sind denn auch von Erfolg gewesen. Soeben ist die Verfügung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers eingetroffen, welche eine Pfarrstelle in Dieuze mit ordnungsmäßigem Gehalte schafft. Mit allgemeiner Freude wurde diese allerhöchste Entschliebung von sämtlichen Protestanten aufgenommen. Es handelt sich jetzt nur noch darum, eine passende Persönlichkeit für diese Stelle zu finden.“

Metz, 8. Juli. Die „Zeitung für Lothringen“ schreibt:

Am Rande des Abgrunds.

(Fortsetzung aus Nr. 161.)

Einer der wesentlichsten Vortheile der Thatsache, daß man in irgend einem Städtchen der Erde ist, dürfte auch der sein, daß man alle die Ehren der Größe mit Denjenigen theilen darf, welche auf der geistlichen Stufenleiter sogar noch um einige Epochen höher stehen. Der Bankier Coan Romlands an sich war keineswegs ein bedeutender Mann; da er aber der Erste in seiner eigenen Grafschaft war, wo die Großgrundbesitzer nicht an Ort und Stelle wohnten und nur bei Gelegenheiten der Wahlen erschienen, so genoß er all der ausgezeichneten Hochachtung und Verehrung, welche die Menschen gerühmlich Denjenigen darbringen, die über ersehnte Vergünstigungen und Gaben zu verfügen haben. Bei jeder gewöhnlichen Hochzeit in der Gegend wirkten die Dienste des Rektors des Kirchspiels, unter der Aufsicht einiger anderer Geistlichen, genügt haben; die Trauung des Bankiersjohns aber durfte von keiner geringeren Persönlichkeit vorgenommen werden, als durch den Bischof des Sprengels. Die ganze Grafschaft war darüber entzückt und Coan und seine Töchter fühlten sich ganz besonders geschmeichelt durch das Kompliment, welches darin lag, daß der Bischof selbst sich angeboten hatte, die Ehe zwischen Arthur Romlands und Mary Roberts einzusprechen, denn ein Bischof steht in Wales noch in weit höherem Ansehen bei seiner Geistlichkeit und beim Publikum, als ein englischer Bischof bei seiner Kirche. Der Besuch eines Bischofs in irgend einem Orte in Wales ist daher noch ein wichtigeres Ereignis als anderwärts, und das ganze Dorf Blaueschan war heute auf den Beinen, denn der Bischof sollte eintreffen, um dem Rektor einen Besuch abzustatten, und die Hochzeit übermorgen stattfinden.

Es war ausgemacht worden, daß eine Abordnung der Geistlichkeit den Bischof an der nächsten Bahnstation abholen und mit allen gebührenden Ehren nach Blaueschan geleiten sollte. Leider waltete aber dabei ein Mißverständnis vor. Das Dorf lag in gleicher Entfernung von

zwei Eisenbahn-Stationen und der Bischof stieg auf der ersten derselben ab, während ihn die Geistlichkeit auf der zweiten erwartete. Zu allem Anstern aber war die Geistlichkeit auf der ersten Station ebenfalls nicht unvorbereitet. Der ehrwürdige Herr Owen Swyar stand sich daselbst ein Langgeschloß von der alten Schule. Seine geistlichen Kollegen hatten eine harmlose Kleinigkeit angewendet, um ihn beiseite zu bringen, als er auf dem Vorrecht bestand, sich an ihren Zug anzuschließen; man hatte ihn nach der unrichtigen Station geleitet, welche sich übrigens in diesem Falle als die richtige erwies, weil der Bischof hier abstieg.

Owen Swyar war der Bodensatz von einem Menschen, der in gewisser Weise ein Gelehrter und ein Gentleman gewesen war; allein Alles, was er damals von guten Manieren und sorgfältiger Erziehung an sich gehabt hatte, war längst ausgebrannt und verfliegen und hatte nur die Hefe von dem zurückerlassenen, was einst ein Charakter gewesen war. Die Swyars hatten vordem zum alten wälischen Adel gehört und ein graues altes Steinhaus an einem Hügelhang bewohnt, zu welchem eine lange Allee breitraumiger alter Bäume führte und ein Föhrenwäldchen als Schutz, ein Fischteich, eine Schafställe, eine Scheune, eine Kegelbahn, ein Kaminofen- und Pferdehall und ein Schweinestoben gehörte hatten. Prozeß und Trunksucht hatte die Familie um ihre Ländereien gebracht. Owen war der Letzte seines Stammes, der Pfarverweser einer kleinen Pfründe broten in den Bergen, die er schon seit mehr als vierzig Jahren verwaltete. In seinen jüngeren Jahren hatte er die geringe Ueberschneidung seines bescheidenen väterlichen Vermögens verjubelt, indem er sich unter die müßige reiche Jugend des Föhrenwäldchens wendete und mit diesen wilden Burschen um die Wette trank und spielte. Jetzt war er ein zitternder, verwirrter alter Mann, — gezwungen nächsten, außer wenn ein benachbarter Gutbesitzer ein Fest gab oder ein alter Freund den ewig durstigen Owen Swyar freilassen wollte; so fand er sich nun allein und vereinsamt in einer neuen Welt der Föhrenwäldchen und Wohlstandigkeit, worin er sich jede mögliche

Mühe geben mußte, um nur das armselige Amtseinkommen zu erhalten, welches ihn vor dem Verhungern bewahrte. Außer der Befürchtung also, welche seine Kollegen hegten, daß Owen seinem Gewande Schande machen und dem Bischof bei dessen Besuch durch ungebührliches Benehmen Verrüthung geben würde, hatten die andern Geistlichen dabei noch die gute Absicht, ihn vor den Folgen des bischöflichen Zornes zu bewahren. Sein gegenwärtiges Benehmen würde kaum eine nähere Untersuchung gebildet haben; zum Glück war aber Niemand da, der sich über ihn beklagen hätte. Seine Pfarrkinder waren an ihn gewöhnt und klammerten sich nicht um seine gelegentliche Betrunkenheit, denn einem Manne, der ein gutes Herz hatte, konnte man Alles verzeihen; und außerdem gingen ja die nächstern Leute alle in die Kirche.

Der Bischof streckte auf der Station Blaneschan seinen Kopf aus dem Wagenfenster und erblickte einen hochgewachsenen und vornehm aussehenden Geistlichen, — denn wenn es sich um einen Acolat wie dem gegenwärtigen handelte, mußte Owen bis zu einem gewissen Grad ein hübsch ansehendes Aeußere zu zeigen —; er fragte also milde: „Einer von unserer Geistlichkeit wahrscheinlich? Was ist hier aufsteigen, um nach Blaueschan zu kommen?“

„Zu dienen, Mylord“, erwiderte Owen und bedeutete dem Stationsmeister, den Wagenhaken zu lösen.

„Und wollen Sie nicht nachsehen, ob hier ein Gefährt auf mich wartet?“

„Wollen Sie Gnade nicht lieber einem Diener beauftragen, darnach zu sehen?“ entgegnete Owen, denn er bewachte bis zuletzt eine übertriebene Empfänglichkeit für persönliche Würde, welche in seltsamen Widerspruch mit seinen gewöhnlichen Manieren und gegenwärtigen Umständen stand.

(Fortsetzung folgt.)
— Bon Haley erzählt „Figaro“ folgendes Bonmot. Der geniale Komponist der „Jüdin“ war die Unpünktlichkeit selbst; wie sah man ihn eine vorher bestimmte Zeit einhalten, warum zwangen Sie sich nicht, pünktlich zu sein?“ fragte man ihn eines Tages. „Weil ich nicht will“, war die Antwort; „pünktlich sein heißt — auf die Andern warten müssen.“

Die Bullen betreffs der neuen Abgrenzung der Diözesen an der deutsch-französischen Grenze sind, wie man der „Korrsp. Havas“ aus Rom meldet, bereit; nur weiß der heilige Stuhl, da er keine diplomatischen Beziehungen mit der deutschen Regierung hat, nicht, wie er die die Diözesen Metz und Straßburg betreffenden Bullen derselben mittheilen soll. Er könnte sie allerdings direkt an die Herren Bischöfe Dupont des Loges und Raef abreißen, aber Hr. v. Bismarck ist im Stande, diesen Notifikationsmodus übel zu nehmen. Die kirchlichen Grenzen werden genau mit den politischen zusammenfallen.“ Weiter heißt es in der betreffenden Mittheilung: „Der Papst interessiert sich lebhaft für das Schicksal der deutsch gewordenen Theile von Elsass-Lothringen. Als eines Tages der Superior des französischen Seminars zu Rom, Hr. Freyd (ein Elssässer), dem Papste 69,000 Franken überreichte, die als Peterspennig in der Diözese Straßburg gesammelt worden waren, erkundigte er sich angelegentlich über die Anstrengungen der neuen Regierung, die Bewohner dieser Territorien protestantisch zu machen. Hr. Freyd wird, wenn er nicht zu Lügen seine Zuflucht nehmen wollte, die Antwort darauf wohl ziemlich schwer geworden sein.“

Metz, 10. Juli. Im hiesigen Bezirkspräsidium werden gegenwärtig die Vorlagen für den im kommenden Monat zusammentretenden Bezirkstag ausgearbeitet. Die Zahl der Vorlagen ist eine sehr bedeutende, so daß zur Erledigung derselben die diesmalige Sitzungsperiode länger dauern wird, als gewöhnlich. — Hinsichtlich unserer Feuerwehr-Angelegenheit erfahren wir, daß sich innerhalb der Korporation zwei Parteien gebildet haben, von denen die kleinere im Interesse der Erhaltung des Vereins für die Annahme der von der Regierung verlangten Abänderungen der Uniformen ist. Ob sie bei der demnächstigen Entscheidung durchbringen wird, steht dahin. — Der Handel mit Wasser aus französischen Wallfahrtsorten steht gegenwärtig wieder in voller Blüthe. Hausfrau tragen es von Haus zu Haus und preisen die unglaublichen Wirkungen der wunderbaren Flüssigkeiten an. Die Flüssigkeiten, in denen letztere zum Verkauf gebracht werden, sind verpackt und tragen die hübsch gedruckte Etiquette „eau miraculeuse de N. D. de Lourde“, oder „de la Salotte.“ Der Preis ist 1 bis 2 Frs. Der Absatz soll ein ganz enormer sein, und zwar sowohl in Städten, als auf dem Lande. Immerhin darf angenommen werden, daß auf diese Weise jährlich Tausende von Franken aus den Taschen der gläubigen Menge gelockt werden.

München, 10. Juli. Durch ein heute eingetroffenes allerhöchstes Reskript werden die Sitzungen des gegenwärtigen Landtags bis zum 18. Juli d. J. einschließlich verlängert. — Das Finanzgesetz für die 12. Finanzperiode wurde gestern Abend im Finanzausschuß der Abgeordneten-Kammer beraten und wird auf die Tagesordnung für die morgen stattfindende öffentliche Sitzung derselben gesetzt. — Die zum Budget gehörigen Gegenstände wurden heute in der Abgeordneten-Kammer sämtlich erledigt und kann das Budget in den nächsten Tagen der Reichsraths-Kammer übergeben werden.

München, 10. Juli. (N. Z.) Nach einer aus Hohen-Schwangau heute hier eingetroffenen Bestimmung Sr. Maj. des Königs haben sich zum Empfang Sr. Maj. des Deutschen Kaisers am nächsten Sonntag Nachmittag sämtliche hier anwesenden kgl. Prinzen auf dem Bahnhof einzufinden. Unser König ließ dem Kaiser auch ein Familienalbum anbieten, das im Salon des Bahnhofes stattfinden soll.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 10. Juli. Dem Fürsten von Serbien ist, selbstverständlich in der freundlichsten Weise, mitgetheilt worden, daß der Deutsche Kaiser sich bei seinem kurzen Besuch in Jsch ganz dem Verkehr mit der österreichischen Kaiserfamilie zu widmen wünsche, und der Fürst wird deshalb erst in Jsch erscheinen, wenn der Kaiser Wilhelm nach Gastein zurückgekehrt ist.

Die Instruktionen für den österreichischen Delegirten zum Brüsseler Kongreß sind in einer militärischen Konferenz festgestellt, welcher, unmittelbar vor seiner Abreise, der Kaiser in Person präsidirte.

Frankreich.

Paris, 9. Juli. Die in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung verlesene Botschaft des Präsidenten Mac-Mahon lautet vollständig:

„Als durch das Gesetz vom 20. November v. J. die Ernennung auf 7 Jahre in meine Hände gelegt wurde, hat die Nationalversammlung, indem sie das mir übertragene Mandat an herab sich jeder Frage und über jeden Zweifel stellte, den Interessen des Landes zugleich diejenige Sicherheit geben wollen, deren diese bedürfen und die ihnen staatliche Institutionen von nur politischer Natur in genügender Weise nicht zu gewähren vermögen. Das Votum der Nationalversammlung legte mir schwere Pflichten auf, für deren Erfüllung ich Frankreich gegenüber verantwortlich bin und deren ich in keinem Falle mich entziehen darf. Das Votum der Nationalversammlung übertrug mir Rechte, deren ich mich nie anders als zum Wohle des Landes bedienen werde. Die Gewalt, mit der ich beauftragt worden bin, hat eine sehr begrenzte Dauer. Das Vertrauen der Nationalversammlung hat dieselbe zu einer unüberwindlichen gemacht und, indem die Nationalversammlung mit jener Gewalt vor ihrer Veräußerung über die konstitutionellen Befugnisse übertrug, hat sie sich ihrer Souveränität gewisse Pflichten auferlegen wollen. Diese Gewalt, deren Endzweck nicht abgeklärt werden kann, werde ich handhaben, um sie mit allem mir durch die Gesetze zu Gebote stehenden Mittel zu verteidigen. Ich werde so der Erwartung und dem Willen der Nationalversammlung entsprechen, die, als sie mich auf 7 Jahre an die Spitze der Regierung stellte, eine feste, stabile und gerechte Gewalt zu schaffen glaubt. Aber das Gesetz vom 20. November v. J. befragt die Bevölkerung. Die Nationalversammlung, die der Gewalt auch die derselben notwendigen weiteren Mittel zu geben verspricht, kann nicht daran denken, ihren Verpflichtungen nach zu geben. Wäge sie mir

erlauben, ihr dieselben heute in der dringlichsten Weise in's Gedächtniß zurückzurufen und deren beschleunigte Ausführung zu fordern. Unter den Wünschen des Landes steht die Organisation der Gewalten obenan, welche ein Unterscheid sein wird für die Stetigkeit der Verhältnisse. Es ist durchaus notwendig, daß diese bisher zurückgestellten Fragen zur Lösung gelangen. Neue Abänderungen in dieser Beziehung würden die Ungewißheit verlängern, den Gang der Geschäfte lähmen und der Wohlthat des Landes Schaden zufügen. Der Patriotismus der Nationalversammlung wird nicht schwach werden gegenüber den Verpflichtungen, die ihr noch zu erfüllen bleiben; sie wird dem Lande geben, was sie ihm schuldig ist und was dasselbe von ihr erwartet. Namens der wichtigsten Interessen des Landes beschreibe ich die Verammlung, ihr Werk zu vervollständigen und ohne Verzug in die Verabreichung derjenigen Fragen einzutreten, die nicht länger unerledigt bleiben dürfen. Die Beruhigung der Gemüther erfordert dies dringend. Getragen von dem gleichen Gefühl der Verantwortlichkeit werden Nationalversammlung und Regierung gemeinsam alle Pflichten erfüllen, die ihnen auferlegt sind. Die gebieterische Pflicht aber besteht darin, dem Lande durch definitive Institutionen diejenige Ruhe, Sicherheit und Befriedigung zu gewähren, deren dasselbe bedarf. Ich beauftrage meine Minister, die Kommission für die konstitutionellen Befugnisse ohne Verzug diejenige Punkte wissen zu lassen, auf welche, als die wesentlichsten, ich besonderes Gewicht legen zu müssen glaube.“

Paris, 9. Juli. (Köln. Ztg.) Unter den Tagesordnungen, die gestern erlassen wurden, ist noch eine, die nicht bis auf die Tribüne kam, und deshalb nicht in den Zeitungen erscheint, von einiger Wichtigkeit. Sie stammt von den Thieristen, wie man sagt, von Hr. Thiers selbst, und lautet: „Die Nationalversammlung behält sich selbst das Recht vor, ihre Beschlüsse (vom 20. November) zu interpretiren, und geht zur Tagesordnung über.“ Das war ein direkter Stoß gegen Mac-Mahon, insbesondere gegen seinen Tagesbefehl vom 28. Juni. Heute hat nun der Marschall denselben erwidert; in seiner Botschaft interpretirt er noch einmal das Gesetz vom 20. November dahin, daß „er“ sieben Jahre bleiben will, „er“ befehlt seine Minister und „er“ läßt diese selbst die Gesetze präsentiren, welche ihm geeignet scheinen, das Septennium auszubauen. Damit hat er fest im Parteikampf Posto gefaßt, und es bleibt nun abzuwarten, wie sein Verhältniß zur Kammer sich weiter entwickelt. In dieser Selbstherrlichkeit seit gestern mehr denn je die allgemeine Aufregung: die 80, welche für Lucien Brun stimmten, sind damit als äußerste intransigente Rechte konstituirt; Kerdrel hat ihnen gegenüber die Rolle des Target gespielt, und sich mit seinen Freunden zum rechten Zentrum geschlossen; dafür hatte er das Vergnügen, mit den Bonapartisten zusammen zu stimmen. Das linke Zentrum zerfiel schließlic, und trennte sich zum größten Theil von der Linken; doch ist der Miß nicht tief; man macht sich heute keine großen Vorwürfe und wird sich bald wieder vertragen. Bei alledem kommt immer nur wieder die Ohnmacht der Kammer zu Tage.

Paris, 10. Juli. Nationalversammlung vom 9. Juli.

Berathung obiger Botschaft. Bei der Stelle, in welcher der Nationalversammlung nahe geführt wird, daß sie ihre Souveränität gebührend, in Ketten geschlagen hätte (enchaine) bricht die äußerste Linke und die äußerste Rechte in wüthende Entrüstung aus und Hr. v. Savar die ruft: Man hat uns betrogen! Das rechte Zentrum sucht diese unangenehme Kluggebungen durch doppelten Besatz aufzuwiegen, an welchem sich die linke und das linke Zentrum betheiligt. Hr. Casimir Perier: Es gereicht mir zu besonderer Freude, mich mit dem Marschall Mac-Mahon in demselben Gedanken zu begegnen. (Gehörtischer Beifall rechts.) Ich beantrage jetzt, daß der Dreißiger-Ausschuß angefordert werde, schleunigst seinen Bericht über meine Vorlage zu erstatten. Hr. Vatbie, Vorsitzender des Dreißiger-Ausschusses: Es dürfte unnütz sein, einen solchen Beschluß zu fassen; Der Ausschuss ist mit seinen Arbeiten fertig und wird Montag seinen Bericht einbringen. Hr. Casimir Perier: Mehr verlange ich nicht. Hr. Raoul Duval bringt nun seinen Dissolutionsantrag ein (vgl. gestriges Blatt). General Billot unterträgt diesen Antrag und wünscht ihn als dringlich dem Dreißiger-Ausschuß überweisen zu sehen.

Hr. Casimir Perier: Ich werde nicht für die Dringlichkeit stimmen. Vor allem Andern müssen wir eine Entscheidung über die definitive Regierungsform treffen: erst dann kann vernünftiger Weise an neue Wahlen gedacht werden. (Sehr richtig! im linken Centrum.) Hr. Lepère (von der äußersten Linken): Ich werde für die Dringlichkeit stimmen, obgleich ich gegen die Motive des Hrn. Raoul Duval meine Vorbehalte machen muß. Nach Allem, was geschehen und was in diesem Hause selbst zum Gesetz erhoben worden ist, kann ich nicht mehr zugeben, daß das Kaiserreich so gut wie andere Regierungsformen noch in Frage kommen könnte; zu diesem System wird Frankreich, meiner Ueberzeugung nach, niemals mehr zurückkehren. (Sehr gut links.) Die Dringlichkeit für den Duval'schen Antrag wird verworfen. (Das für nur die Linke und die Bonapartisten, da gegen auch die äußerste Rechte.)

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung richtete Hr. Vertaud folgende Interpellation an die Regierung: „Ist es wahr, daß der Marschall im Widerspruch mit dem vorgefertigten Votum für sich allein das Recht in Anspruch nimmt, das Votum vom 20. Novbr. auszulösen? Ist es wahr, daß der Präsident der Republik ohne die Kontrolle der souveränen Nationalversammlung regieren wird?“ Hr. Vertaud beantragt, daß die Verhandlung über seine Interpellation auf nächsten Montag angegesetzt werde. General v. Cissey, Vizepräsident des Ministeriums, beantragte ferner, daß die Verhandlung über diese Interpellation bis zu der Debatte über die Verfassungsgesetze verschoben werde. Dieser Vorschlag wird mit großer Majorität votirt und die Kammer kehrt zu ihrer Tagesordnung zurück. — Im weiteren Verlauf der Sitzung beklagt Finanzminister Magne lebhaft den Antrag Bologni, betreffend die Reduktion der Amortisirung des Bankvorschußes auf 150 Millionen Francs. Die Diskussion wird morgen fortgesetzt werden.

Belgien.

Brüssel, im Juli. (Nat.-Ztg.) Die bereits in Nr. 295

der „Nat.-Ztg.“ der russischen Regierung zugeschriebene, später von der „Korrsp. Havas“ bekräftigte Absicht: den völkerrrechtlichen Kongreß lediglich pro forma zu eröffnen und den vorliegenden Vertragsentwurf einem Ausschuss zu überweisen, dessen Bericht dann später die Unterlage für die eigentlichen Verhandlungen bilden würde, scheint im Allgemeinen sehr günstig aufgenommen zu sein. Ueberhaupt ist der russische Plan, welcher früher in Sand zu verlaufen drohte, seit einigen Tagen wieder in Fluß gerathen, wie schon aus den nachstehenden, amlich angezeigten Ernennungen von Vertretern für den Kongreß hervorgeht — denn das diesbezügliche, von einem deutschen Tageblatt veröffentlichte Verzeichniß war, was übrigens Manchem vielleicht schon äußerlich deutlich war, rein aus der Luft gegriffen.

Vor Allem sei bemerkt, daß die Entschlüsse der französischen Regierung den Rathschlägen der dortigen radikalen Tagespresse nicht entsprechen. Im Gegentheil hat der Marschall Mac-Mahon den General Armandeau als Vertreter des französischen Gouvernements angewiesen. Die Wahl des Delegirten des Deutschen Reichs ist auf den Generalmajor v. Voigts-Rheß gefallen. Die österreichische Regierung wählte nunmehr definitiv, wie bereits früher von gewissen Zeitungen in Aussicht gestellt wurde, den Generalmajor Schönfeld. Seitens der russischen Regierung wurde, abgesehen von der vorläufig vorbestimmten Ernennung eines zweiten Delegirten, der General Gomini, der Sohn des gleichnamigen Historikers, als ihr Bevollmächtigter angezeigt. Daß Spanien den Marschall Serrette ernannte, wurde bereits kürzlich von mir hervorgehoben. Das Madrider Kabinett bezog sich aber noch außerdem den Herzog v. Tetouan als seinen zweiten Vertreter bei dem Kongresse. Derselbe soll zu gleicher Zeit als spanischer Gesandte beim hiesigen Hofe akkreditirt werden.

In der hart an die Hauptstadt grenzenden Gemeinde Laeken ist ein Streit zwischen der Staatsregierung und der Kommunalbehörde ausgebrochen. Der Bauminister hatte nämlich, ohne vorherige Einholung des Gutachtens der Gemeinde, die Sperrung eines dortigen Verbindungsweges verfügt. Als die Arbeiter zur Ausführung des ministeriellen Erlasses schreiten wollten, widersteht sich die Laekener Kommunalbehörde dieser Arbeit. Der Arbeitsführer rief nunmehr die Hilfe der Brüsseler Gendarmen an, die Laekener Behörde bot ihrerseits die Gendarmerie der Gemeinde auf. Die Erdörungen zwischen den beiden Parteien hatten aber den glücklichen Erfolg, daß sämtliche Gendarmen sich an die Seite der Kommunalbehörde scharten. Die Staatsregierung war somit gezwungen, die Angelegenheit dem hiesigen Tribunale zu unterbreiten.

Asien.

Der „New-York Herald“ enthält die Nachricht aus Amoy vom 9. Juli, daß die aus Veranlassung der japanischen Expedition gegen Formosa entstandenen Streitigkeiten zwischen China und Japan friedlich beigelegt seien und die chinesische Regierung sich zur Ertragung der Kosten bereit erklärt, sowie die Garantie für Sicherheit der Fremden übernommen habe.

Badische Chronik.

† Aus Baden. Durch den Wegzug Dr. Holzmanns und die geschwächte Gesundheit Dr. Schenkels veranlaßt, sollen die Heidelberger Vorstandsmitglieder des Deutschen Protestantenvereins nun entschlossen sein, nachdem sie schon früher die Verlegung nach dem Norden gewünscht haben, auf dem Wiesbadener Protistententage ihre leitenden Stellen niederzulegen. Es sind bei dem Tode Roth's, Zittels von Heidelberg und Schellenbergs von Mannheim noch Geheimrath Buntzschli und Stadtpfarrer Hahnig. Voraussichtlich wird in Wiesbaden überhaupt die Frage zur Erörterung kommen, ob der bisherige Deutsche Protestantenverein in herkömmlicher Weise fortgeführt oder eines Theils zu Gunsten liberaler Landes-Kirchenvereinigungs-Vereine, und andern Theils eines deutschen wissenschaftlichen Theologenvereins aufgelöst werden soll.

* Karlsruhe, 11. Juli. Im Sommerhalbjahr 1874 studiren: Auf der Universität Heidelberg: 1) Theologen: 13 Badener, 7 Nichtbadener, 20; 2) Juristen: 46 B., 440 N., 488; 3) Mediziner: 22 B., 61 N., 83; 4) Chemiker, Pharmazeuten, Kameralisten, Philosophen und Philologen: 42 B., 204 N., 246; Summa: 123 B., 712 N., 835. Außerdem besuchen die Vorlesungen noch Personen anderer Alters: 14 B., 35 N., 49. Gesamtzahl: 137 Badener, 747 Nichtbadener, zusammen 884.

Auf der Universität Freiburg: 1) Theologen: 65 Badener, 15 Nichtbadener, 80; 2) Juristen: 30 B., 17 N., 47; 3) Mediziner und Pharmazeuten: 47 B., 70 N., 117; 4) Kameralisten, Chemiker, Philosophen und Philologen: 21 B., 23 N., 44; Summa: 163 B., 125 N., 288; Hospitanten 9; Gesamtzahl 297.

* Karlsruhe, 11. Juli. Das Großh. Finanzministerium macht bekannt: Die große Generalliste und sämtliche Bezirkslisten der Finanzverwaltung sind angewiesen und in den Sand gesetzt worden, von den Münzen der süddeutschen Währung diejenigen Sorten, welche bis jetzt zum Einzug bestimmt sind, nämlich die Zweigulden-, Ein-, Halb-, Halbgulden- und Sechskreuzer-Stücke auf Verlangen gegen Münzen der Reichs- oder der Thalerwährung (Einhalter und Ein-drittelhalter Stücke) umzuwechseln.

Indem wir dies zur öffentlichen Kenntniß bringen, machen wir darauf aufmerksam, daß der bevorstehende Übergang zur Marktwährung wesentlich erleichtert werden wird, wenn von der gebotenen Gelegenheit zur Umwechslung der bezeichneten Münzen der süddeutschen Währung ein ausgedehnter Gebrauch gemacht wird.

S.d.G. Karlsruhe, 8. Juli. (Sitzung des Bürgerausschusses unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Lauter.) (Schluß.) Gemeinderath Lang referirt nun über den Antrag des Gemeinderaths: „Der Bürgerausschuß wolle genehmigen, daß die Baupläne für den Neubau der Synagoge und das dazu gehörige, in der Kronenstraße hiesige Gebäude bewilligt werde.“ Der Berichterstatter bemerkt hiezu, daß der Abbruch und Neuaufbau des Schaufelds der Langen- und Kronenstraße in gleicher Weise wie das nöthig-

